

Liberales Baden-Württemberg

Mitgliedermagazin der FDP Baden-Württemberg

Ausgabe 3/2009

Die Wahl ist noch nicht gelaufen.



Liebe Mitglieder und Freunde der FDP,

der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2009 ist in vollem Gange. Die Wahl jedoch ist noch nicht gelaufen. Was auch immer momentan kommuniziert wird: nicht die Demoskopie, die Wählerinnen und Wähler entscheiden die Wahl am 27. September 2009.

Der Sommer hat erfolgreich begonnen, jetzt gilt es, den Schwung der Kommunalwahlen und der Europawahl in die Bundestagswahl mitzunehmen. Beide Wahlen waren für uns Liberale in Baden-Württemberg ein großer Erfolg. Bei der Europawahl konnten wir mit 14.1% unseren Stimmenanteil im Land mehr als verdoppeln und bundesweit das mit Abstand beste Ergebnis aller Landesverbände erzielen. Mit Dr. Silvana Koch-Mehrin und Michael Theurer hat der Landesverband Baden-Württemberg nun zwei Abgeordnete im Europäischen Parlament. Bei den Kommunalwahlen konnten wir in den Gemeinderäten 181 und in den Kreistagen 196 Sitze erlangen und unser Ergebnis damit um über 50% steigern. Im Regionalparlament der Region Stuttgart haben wir die Anzahl der Mandate verdoppelt.

Das Erfolgsrezept unserer Partei war und ist die Kombination aus programmatischer Klarheit, eindeutiger Richtung und personeller Geschlossenheit. Dieser Erfolg ist nicht vom Himmel gefallen. Wir verdanken ihn dem grandiosen Wahlkampf im ganzen Land. Allen Kandidatinnen und Kandidaten und allen, die uns bei unseren Wahlkämpfen unterstützt haben, danke ich herzlich.

Unsere Programmatik wird sich auch im Bundestagswahlkampf bewähren. Viele

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

Freiheit stärken, Bürgerrechte schützen.

Arbeit muss sich wieder lohnen.

Deutschland kann es besser.

Bildung ist ein Bürgerrecht.

Mehr Netto vom Brutto.

Ausgabe zur Bundestagswahl 2009
mit Beiträgen aus Bund, Land, Europa und Kommunen

FDP

Die Liberalen



FDP
Die Liberalen

Verantwortung wählen.

Birgit Homburger

Deutschland kann es besser.

Bürgerinnen und Bürger spüren, dass die FDP die Partei ist, die am konsequentesten die soziale Marktwirtschaft verteidigt. Wir wissen, dass Arbeitsplätze nicht von der Bundesregierung, sondern von Unternehmen geschaffen werden. Dazu braucht es die richtigen Rahmenbedingungen. Wir sind die einzige Partei, die in der spürbaren Entlastung der Bürgerinnen und Bürger eine Voraussetzung zur Überwindung der Konjunkturkrise sieht. Alle anderen Parteien suchen ihr Heil in kurzfristigen Prämien und Programmen, die auf Pump mit dem Geld zukünftiger Generationen finanziert werden. Wir setzen auf dauerhafte Wirkung statt konjunktureller Strohfeuer.

Wir wollen eine umfassende Steuerreform. Wir wollen Familien nachhaltig entlasten und die Wirtschaft wieder in Fahrt bringen. Das ist auch finanzierbar. Auch aus der Opposition heraus hat die FDP-Bundestagsfraktion in den letzten Jahren viele seriöse Sparvorschläge im Bundeshaushalt vorgelegt. Steuerentlastung geht mit Haushaltskonsolidierung Hand in Hand. Dort, wo wir regieren, zeigen wir, wie es geht.

In den letzten Jahren haben Baden-Württemberg und der Bund unter denselben Bedingungen gewirtschaftet. Beide hatten Steuermehereinnahmen. Die Bundesregierung hat mit ihrer maßlosen Ausgabenpolitik das Geld mit der Gießkanne über das Land verteilt. Dagegen haben wir in Baden-Württemberg im Haushalt Schwerpunkte gesetzt und die Haushaltskonsolidierung vorangetrieben. So haben wir in den letzten beiden Jahren das Ziel der Netto-Nullverschuldung erreicht. Auf Bundesebene wird der Haushalt in diesem Jahr voraussichtlich mit der Rekordverschuldung von 80 bis 100 Milliarden Euro

enden. In Berlin regiert die CDU/CSU mit der SPD. In Baden-Württemberg regiert die CDU mit der FDP. Das zeigt: die FDP macht den Unterschied.

Immer mehr Menschen merken, was alles von einer funktionierenden Konjunktur abhängt. Die sozialen Systeme des Staates haben nur dann eine Zukunft, wenn es genug Beitragszahler gibt. Die krassen Fehler der Bundesregierung zeigen sich besonders im Gesundheitswesen. Das Bürokratiemonstrum Gesundheitsfonds verteuerte in Baden-Württemberg die gesetzliche Krankenversicherung und reduzierte die Leistungen. Das merken immer mehr Menschen und sind bereit, unsere Vorschläge zu unterstützen.

Die FDP ist die Partei der Bürgerrechte. Wir wollen eine Politik, die Respekt vor Ihren ureigensten Rechten hat. Wir wissen, dass Freiheit Sicherheit braucht. Sicherheit ohne Freiheit ist jedoch nichts wert. Viele Maßnahmen wurden in den letzten Jahren unter dem Deckmantel der Terrorismusabwehr getroffen. Sie haben nicht zu mehr Sicherheit geführt, sondern zu einer schleichenden Erosion

der Bürgerrechte, die unter rot-grün begonnen hat und unter schwarz-rot immer weiter ging. Sie musste mehrfach vom Bundesverfassungsgericht gestoppt werden. Wir treten mit dem Anspruch an, die Grundrechte wieder zur Grundlage der Politik zu machen.

Bildung ist der wertvollste Rohstoff Deutschlands. Bildung schafft Chancen, erleichtert den sozialen Aufstieg und ist die beste Investition in die Zukunft. Bildung ist ein Bürgerrecht, für das sich die FDP konsequent einsetzt.

In den kommenden Wochen wird es darauf ankommen, die gute Stimmung für uns in Stimmen für uns zu verwandeln. Die Wahl wird in der Endphase entschieden. Dann kommt es auf jeden Kontakt an. Wenn Sie sich mit Bekannten, Verwandten, Arbeitskollegen und Freunden treffen, dann scheuen Sie sich nicht, auch über Politik zu reden. Werden Sie zum Botschafter unserer liberalen Ideen. Denn nichts überzeugt mehr, als überzeugte und überzeugende Liberale. Helfen Sie mit und machen Sie Ihr Umfeld ebenfalls zu Botschaftern für die Idee der Freiheit. Lassen Sie in Ihren Bemühungen nicht nach. Die Wahl ist erst gelaufen, wenn das letzte Wahllokal in Deutschland schließt.

Das Ende der Sommerferien in Baden-Württemberg markiert den Beginn des Wahlkampfendspurts. Dann werden wir nochmal richtig durchstarten. Zahlreiche Großveranstaltungen sind geplant. Wir sind sicher auch in Ihrer Nähe und freuen uns über Ihren Besuch. Laden Sie dazu auch Freunde und Bekannte ein!

Die Bundestagswahl ist eine Richtungsentscheidung. Wer nicht wählen geht, wählt links. Wer die Mitte in Deutschland stärken will, hat nur eine Wahl: die FDP. Es geht im September um einen neuen Start für Deutschland. Mit Ihrer Hilfe werden wir das schaffen.

Viele Grüße

Ihre 

Birgit Homburger

Bilanz der Landesgruppe im Bundestag

Bilanz des Vorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg der FDP Fraktion im Deutschen Bundestag, Harald Leibrecht, über die letzten vier Jahre Landesgruppenarbeit in Berlin

Aus der Bundestagswahl 2005 kam die FDP, vor allem wegen des Stimmenzuwachses in Baden-Württemberg, gestärkt hervor. Mit nunmehr neun, statt wie bisher mit sechs liberalen Abgeordneten aus dem Ländle ist die „FDP-Landesgruppe BaWü“ eine tragende Säule der Bundestagsfraktion. Mit unserer Landesvorsitzenden Birgit Homburger als stellvertretende Fraktionsvorsitzende, mit Dirk Niebel als Generalsekretär der FDP und mit Ernst Burgbacher als Geschäftsführer der Fraktion sind wir in Partei- und Fraktionsspitze stark vertreten.

Die große Geschlossenheit und absolut kollegiale Zusammenarbeit in der Landesgruppe haben wesentlich zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen. Natürlich gab es auch harte Diskussionen in der Sache, aber auch immer die Bereitschaft zur Einigung und gegenseitiger Unterstützung. Dieser Teamgeist innerhalb der Landesgruppe war auch in der Fraktion zu spüren und ich wurde immer wieder von Kollegen darauf angesprochen. Oftmals konnte die Landesgruppe durch ihre Geschlossenheit für die notwendige Mehrheit in der Fraktion sorgen.

Viele Themen, die die Menschen in unserem Land bewegen, haben wir in Berlin vorangetrieben. Nur einige wenige kann ich im Rahmen dieses Berichts erwähnen:

Wir haben uns intensiv mit dem großen Infrastrukturprojekt „Stuttgart 21“, das nach unserer Meinung eine große Chance für unser Land bietet, auseinandergesetzt. Dabei ging es uns genauso um den Bahnausbau der Rheintalstrecke und wie um deren dringend benötigten Lärmschutzmaßnahmen. Neben der Schiene ist uns aber auch die Strasse wichtig.

Nach unserer Auffassung kommt Baden-Württemberg bei der Zuteilung im Bundesverkehrswegeplan viel zu kurz. Als wichtiges Wirtschaftsland ist Baden-Württemberg auf eine erstklassige



v.l.n.r.: Harald Leibrecht, Michael Link, Dirk Niebel, Sibylle Laurischk, Florian Toncar, Birgit Homburger, Hartfrid Wolff, Patrick Meinhardt, Ernst Burgbacher

Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Die riesigen Staus auf unseren Autobahnen, insbesondere der A6, A81 und A5 verursachen volkswirtschaftlichen Schaden in Milliardenhöhe.

Als Baden-Württemberger/innen wissen wir um die Stärke des Mittelstandes im Land. Darum war es uns auch wichtig, im Land selber mit Unternehmen und Vertretern der Wirtschaft im direkten Gespräch vor Ort zu sein. Als Vertreter einer Partei der sozialen Marktwirtschaft wollten wir aber natürlich auch mit Sozialverbänden, Arbeitnehmern oder dem Beamtenbund, um nur einige Beispiele zu nennen, im Gespräch bleiben.

Auch in Brüssel hat sich die Landesgruppe für die heimische Wirtschaft stark gemacht, indem sie Gespräche und eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Fairer Wettbewerb für unsere baden-württembergische Wirtschaft“ durchführte. Um einen Meinungsaustausch auch außerhalb der eigenen Partei in Berlin voranzutreiben, treffen wir uns hin und wieder mit Landesgruppen der anderen Parteien.

Der aktive Austausch und die Auseinandersetzung mit anderen Standpunkten ist ein wichtiger Bestandteil der parlamentarischen Arbeit und fordert die gesamte Gruppe.

Selbstverständlich ist es auch unerlässlich den direkten Kontakt zu den Kollegen und Kolleginnen der Landtagsfraktion zu halten. Bei regelmäßigen gemeinsamen Klausursitzungen werden die aktuellen Probleme und Themen, wie zum Beispiel die Föderalismusreform, besprochen.

Auch wenn vielleicht nicht immer Konsens erzielt werden kann, so wollen wir doch weiter miteinander im Gespräch bleiben. Der Austausch mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur oder Medien ist ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Landesgruppe. Dadurch bringen wir neue Ideen gemeinsam auf den Weg.

Damit die Arbeit der Landesgruppe auch nach Außen dringen kann, sind wir im intensiven Gespräch mit Vertretern der Landesmedien. Die Parteibasis informieren wir regelmäßig durch unser Infoblatt „Einblick“ über die Arbeit der einzelnen Kollegen und Kolleginnen aus der Landesgruppe.

Wir haben die große Chance, bei der kommenden Bundestagswahl am 27. September ein hervorragendes Ergebnis, auch in Baden-Württemberg zu bekommen. Dann wird unsere Landesgruppe weiterwachsen und noch mehr FDP Kolleginnen und Kollegen können sich in Berlin für unser Land einsetzen.

Bund und Land – Hand in Hand für eine mittelstandsfreundliche Steuerpolitik



Von Ernst Pfister MdL, Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg

Seit 1996 sind die Liberalen nunmehr an der Regierung unseres Landes Baden-Württemberg beteiligt; es waren sehr gute Jahre für unser Land!

Das Wirtschaftsressort, das während der Jahre der Großen Koalition im Land SPD-geführt war, richtete seine Wirtschaftspolitik vornehmlich an Großunternehmen aus und die Mittelstandspolitik trat weit in den Hintergrund. Nachdem das Wirtschaftsressort in „liberaler Hand“ war, wurde dagegen sofort ein Initiativkreis „Mittelstand und Handwerk“ ins Leben gerufen. Im Jahr 2000 wurde sodann ein Mittelstandsförderungsgesetz verabschiedet.

Wir Liberale haben darin Kernbereiche der Mittelstandsförderung verankert, wie z. B. die Förderung von Betriebsübernahmen und Existenzgründungen, die Förderung von Weiterqualifizierung von Beschäftigten und die Erschließung ausländischer Märkte.

Während die FDP also für mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen im Land sorgte, wehte uns seit der Bundestags-

wahl 1998 ein harter mittelstandsförderlicher Wind ins Gesicht. Die Steuerpolitik der rot-grünen Regierung war einseitig an Großunternehmen orientiert: Es war nicht anders zu erwarten, da gerade dort SPD-nahe Gewerkschaften ein enormes Gewicht haben. Inhabergeführte kleine Unternehmen, die klassischen Betriebe von Handwerk und Mittelstand wurden demgegenüber von der Bundespolitik steuerlich massiv benachteiligt. An dieser Benachteiligung änderte auch die Rücknahme der schlimmsten Auswüchse im Steuerrecht in der zweiten Legislatur von rot-grün nichts.

Die Große Koalition von CDU und SPD in den vergangenen vier Jahren blieb mit ihrer Unternehmenssteuerreform 2008 ebenfalls weit hinter dem zurück, was wir Liberale für Mittelstand und Handwerk schon immer fordern: Und zwar eine rechtsformneutrale Steuerpolitik für die Unternehmen! Was wir Liberale wollen, ist schlicht eine faire und gleichwertige Besteuerung mit dem von der FDP vorgeschlagenen Stufentarif.

Wirtschaftspolitik in Bund und Land sollte schnellstens „Hand in Hand“ gehen, um unserem Mittelstand, der gerade die schwerste Wirtschaftskrise in Deutsch-

land nach 1945 bewältigen muss, den Weg zurück auf die Erfolgsspur zu erleichtern.

Immer weniger Unternehmen verfügen über eine gesunde Eigenkapitalquote von mehr als 20 Prozent. Kein Wunder, wenn Gewinne mangels einer gerechten Steuerpolitik nicht im Unternehmen bleiben können. Unsere Unternehmen brauchen aber ein gutes Eigenkapitalpolster um Krisenzeiten durchzustehen und auch um zu fairen Konditionen Kredite von den Banken zu bekommen.

Jede Stimme für die FDP ist also eine Stimme für eine Mittelstandspolitik in Bund und Land, für die die Gestaltung von wirtschaftlich gesunden Rahmenbedingungen absolute Priorität hat. Wir im Land fördern Handwerk und Mittelstand mit vielfältigen Maßnahmen. Sei es in der Innovations- und Clusterpolitik oder im wirtschaftspolitischen Schwerpunkt Betriebsübernahmen, weil wir auch für die Zukunft Arbeitsplätze im Land sichern wollen.

Wichtig ist: Wenn in den nächsten fünf Jahren allein in Baden-Württemberg 50.000 Betriebsübernahmen anstehen – allesamt Mittelständler –, dann muss die Erbschaftsteuer mit ihren Giftzähnen erneut geändert werden. Unsere Unternehmen brauchen keinen Gegenwind, sondern endlich entschiedene Rücken- deckung vom Bund.

Aber ich bin mir absolut sicher: Die Bürgerinnen und Bürger haben nach Jahren der Stagnation verstanden:

Nur eine bürgerliche Mehrheit kann für eine faire Steuerpolitik sorgen. Und eines darf und wird die FDP in einer neuen Bundesregierung nicht zulassen: Dass die Bewältigung der Wirtschaftskrise von der Union zum Vorwand genommen wird, die lange überfällige Steuerreform vor sich her zu schieben!

Eine starke FDP in vielen Ländern und im Bund wird das zu verhindern wissen!

Wir wachsen mit erneuerbaren Energien.

Die Energiefragen der Zukunft stellen uns vor große Herausforderungen – die wir gerne annehmen. Und so haben wir zahlreiche große Projekte ins Leben gerufen, mit denen wir unser Engagement bei den erneuerbaren Energien verstärken. Ein Beispiel dafür ist der Ausbau des Wasserkraftwerks Rheinfelden, derzeit das bundesweit größte Bauvorhaben im Bereich regenerativer Energie. Ein weiterer großer Schritt ist Baltic 1, der erste kommerzielle Windpark auf hoher See. Aber auch auf den Feldern der Photovoltaik und der Bioenergie arbeiten wir intensiv an Lösungen für die Energiefragen der Zukunft. Alles über unsere aktuellen Engagements erfahren Sie im Internet.



Alliance of Liberals and Democrats for **Europe**
Alliance des Démocrates et des Libéraux pour l'**Europe**

Parlament und Präsident



Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments mit Silvana Koch-Mehrin, Vizepräsidentin

Von Dr. Silvana Koch-Mehrin MdEP, Vizepräsidentin des Europaparlaments

Zum ersten Mal ist ein Politiker aus den neuen Mitgliedsländern der EU der Chef einer EU-Institution: Jerzy Buzek, der frühere polnische Regierungschef, ist in das höchste Amt des Abgeordnetenhauses gewählt worden, er ist Präsident des Europaparlaments.

Nach der Wahl von Jerzy Buzek folgte die Wahl von 14 VizepräsidentInnen; elf davon wurden im dritten Wahlgang bestätigt, da es erstmals in der Geschichte des Europäischen Parlaments mehr Kandidaten als für das Amt möglich gab. Grund war, dass die neu gebildete kleine Fraktion der Europäischen Konservativen sich nicht auf einen Kandidaten einigen konnte. Als Liberale stellen wir zwei Vize-Präsidenten. Mit 186 Stimmen hatte ich nicht nur die 84 Mitglieder unserer liberalen ALDE Fraktion geschlossen hinter mir, sondern erhielt auch Unterstützung weit über unsere Fraktionsgrenzen hinaus aus an-

deren politischen Gruppierungen. Andere Vizepräsidenten aus großen Fraktionen erhielten noch nicht einmal das Vertrauen aller Kollegen aus ihrer eigenen Fraktion.

Deutschland hat mit einem sehr guten Ergebnis die liberale Fraktion im EP wesentlich gestärkt. Die FDP stellt mit mir erstmals einen Vizepräsidenten, was unsere große Verantwortung und das uns zugeschriebene Vertrauen beweist. Unser FDP-Landesverband Baden-Württemberg hat mit dem Spitzenergebnis 14,2 % das beste Ergebnis aller Bundesländer geholt. Hier im Südwesten ist und bleibt das Stammland der Liberalen in Deutschland, was eindrucksvoll bewiesen wurde. Mit Michael Theurer zusammen werde ich meine Arbeit vor Ort fortsetzen. Gerade mit uns sind zwei Vertreter der jüngeren Generation entsandt worden, die dem gängigen Klischee des veralteten Parlamentes deutlich widersprechen.

Als Vizepräsidentin des Parlamentes gilt es, zwei Aufgaben zu kombinieren. Einerseits

habe ich meine politische Fraktion, meine Aufgabe als Vorsitzende der FDP-Abgeordneten im EP und als Spitzenkandidatin der FDP wahrzunehmen. Andererseits gilt es aber auch, über die Fraktionsgrenzen hinauszutreten, eine überparteiliche Gesamtrepräsentation des Parlaments wahrzunehmen. Die Aufgabe als Parlamentsvizepräsidentin hat etwas mit Kontrolle und Vertrauen zu tun. Als Mitglied des Europäischen Parlamentes ist es mich wichtig, viele verschiedenen Kulturen, Temperamente und Charaktere der einzelnen Abgeordneten für eine gute Entscheidung fruchtbar zu machen. Als Vizepräsidentin habe ich dazu mehr Möglichkeiten als zuvor, denn schließlich kontrollieren sich verschiedene politische Gruppierungen in der Demokratie gegenseitig. Es geht vor allem um das Vertrauen der Bürger.

Mir ist es auch wichtig, dass die Aufgaben des Europäischen Parlamentes verständlicher und durchsichtiger werden. Das gelingt in unserem mediendurchfluteten Zeitalter eigentlich nur noch über die Medien selbst. Umso erschreckender ist es, dass erst langsam vermehrt über Europa berichtet wird und sich erst allmählich Korrespondenten in Brüssel und Straßburg einfinden. Die Bevölkerung kann sich nur wenig mit den europäischen Institutionen identifizieren, weil sie diese zu wenig kennt. Bekanntheit und Identifikationspunkte von Politikern, die für diese Institutionen stehen, sind daher wichtig. Man kann sich nicht mit etwas identifizieren, was man nicht kennt. Ich sehe meine Aufgabe darin, für die Akzeptanz der Demokratie in Europa und für Anerkennung unserer gemeinsamen Demokratie zu arbeiten.

Europa ist gerade für die jüngere Generation in der Zwischenzeit eine Selbstverständlichkeit. Als jüngstes Mitglied des Parlamentspräsidiums sehe ich mich vor allem als Brücke zu denen, für die Europa eine wirkliche Zukunft bieten wird.

Theurer: Für ein Europa der Bürger

„Die Wahlen am 7. Juni haben gezeigt: auch bei Europa ist Baden-Württemberg das Stammland der Liberalen“, freut sich Michael Theurer, der stellvertretende Landesvorsitzende und neu gewählte Europaabgeordnete. Theurer ergänzt: Mit landesweit 14,1 Prozent honorierten die Wählerinnen und Wähler die Arbeit der ALDE und unseres Landesverbands und leisteten damit einen wichtigen Beitrag zum bundesweit hervorragenden Abschneiden der FDP. Es hat sich sicherlich positiv ausgewirkt, dass neben der Bundesspitzenkandidatin Dr. Silvana Koch-Mehrin und Landesspitzenkandidaten Michael Theurer, flächendeckend Europa- und Kommunalwahlkandidaten für die liberale Sache eingetreten sind – und diese wurden vorbildlich von der Landesvorsitzenden Birgit Homburger und der Landesgeschäftsstelle unterstützt!

Zum ersten Mal in der Geschichte des direkt gewählten Europäischen Parlaments stellt die FDP die stärkste nationale Delegation in der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE). Mit der Delegationsvorsitzenden Dr. Silvana Koch-Mehrin als eine der 14 Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments und mit Alexander Graf Lambsdorff als erstem stellvertretenden Vorsitzenden der ALDE-Fraktion ist die FDP auch in der neuen Legislaturperiode gut aufgestellt. Mit 12 Europaabgeordneten ist die FDP nun in der Lage, sich im Parlament noch stärker für eine liberale Politik in den 20 Ausschüssen des Hauses einzusetzen. So hat der Baden-Württemberger Michael Theurer als Mitglied im Ausschuss für Regionale Entwicklung ein besonderes Auge auf die Förderung europäischer Regionen. Als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel schlägt



Michael Theurer mit dem Vorsitzenden der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament, Guy Verhofstadt

er eine Brücke zwischen Brüssel und den Interessen der heimischen, insbesondere mittelständischen, Wirtschaft.

Die Struktur- und Regionalfonds bilden mit einem Volumen von rund 35 Milliarden Euro jährlich eines der wichtigsten Arbeits- und Aufgabengebiete der EU. In den kommenden Monaten wird es nun vor allen Dingen um die künftige Ausgestaltung der Europäischen Förderprogramme gehen. Als langjähriger Oberbürgermeister von Horb am Neckar und stellvertretender Vorsitzender des Europaausschusses im Baden-Württembergischen Landtag kennt Theurer die Umsetzung der EU-Förderprogramme aus der Praxis. Diese Erfahrung möchte er nun auch in seine Arbeit im Europäischen Parlament einbringen. Auch in der Handelspolitik stehen für die Europäische Union in den nächsten Monaten wichtige Entscheidungen an. Michael Theurer setzt sich hierbei insbesondere für die Interessen der mittelständischen Unternehmen ein, von denen viele in Baden-Württemberg ansässig sind, so zum Beispiel die schwäbischen Automobilzulieferer.

Der langjährige Oberbürgermeister von Horb pocht besonders auf das Prinzip der Subsidiarität. In der allgemeinen Ausspra-

che zur Wahl des Kommissionspräsidenten definierte Michael Theurer in der ALDE-Fraktion Subsidiarität als „die Freiheit, dass Menschen, die in unterschiedlichen Teilen Europas leben, unterschiedliche Antworten auf die Fragen der Zeit finden können.“ Konkret bedeutet diese Maxime: „Alles, das vor Ort entschieden werden kann, muss vor Ort entschieden werden!“

„Das Europa, das wir uns vorstellen, muss ein Europa der Bürger sein“, sagt Theurer. In dieser Meinung fühlt er sich nicht zuletzt durch das Spitzen-Europawahlergebnis der FDP in seinem Wahlkreis bestärkt. Die Wähler seiner Heimatstadt gaben ihm und der FDP mit knapp 43% der Stimmen einen großen Vertrauensvorschuss. Theurer machte seine Mittlerrolle als Interessensvertreter seiner Region in Brüssel bereits in seiner ersten Woche als Europaparlamentarier deutlich: er stellte eine konkrete Anfrage zum VW-Gesetz an die Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes. Er ist überzeugt, dass die Neufassung des VW-Gesetzes nicht europarechtskonform und damit unzulässig ist. Theurer setzt sich konkret für ein Europa der Bürgernähe und der „Entscheidungen vor Ort“ ein. Besonders wichtig ist hierbei, dass die Menschen daran teilhaben.



Alliance of Liberals and Democrats for Europe
Alliance des Démocrates et des Libéraux pour l'Europe

Goll: Erwartungen an die Bundesregierung



Die Bundestagswahl steht kurz bevor. Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll hat rechtspolitische Erwartungen an die nächste Bundesregierung formuliert. Hier eine Auswahl:

Wir verlangen eine **Eindämmung der Datensammelwut**. Es ist Zeit für eine umfassende Überprüfung, welche der unzähligen Datenerhebungen des Staates für die Erfüllung seiner Aufgaben tatsächlich unerlässlich sind.

Wir fordern die **Abschaffung der Online-Durchsuchung**, die das BKA-Gesetz ermöglicht. Es ist kein Fall öffentlich bekannt, bei dem gerade die Online-Durchsuchung zu einem sonst nicht zu realisierenden Ermittlungserfolg geführt hätte. Den tatsächlichen Nutzen dieser Maßnahme konnte bislang niemand nachvollziehbar darlegen. Demgegenüber ist der Einschnitt in Freiheitsrechte real und greifbar.

Einen **Bundeswehreininsatz im Inneren** lehnen wir ab. Die deutsche Geschichte hat gezeigt, welche Gefahren eine Vermischung von polizeilichen und militärischen Aufgaben birgt. Die bestehende Aufgabentrennung hat sich in Deutsch-

land bewährt. Lediglich für den Fall des Einsatzes von Abfangjägern gegen ein Terroristenflugzeug kann über eine Amtshilferegelung nachgedacht werden.

Wir wollen die **Abschaffung der Kontostammdatenabfrage**, die zum 1. Januar 2005 eingeführt wurde. Diese gestattet den Finanz-, Arbeits-, Sozial- und Strafverfolgungsbehörden bundesweit den - verdachtsunabhängigen - automatisierten Abruf von Kontostammdaten. Seit 2009 gilt die neue Abgeltungssteuer für Kapitalerträge. Die ursprüngliche Rechtfertigung für die Abfrage von Kontostammdaten ist damit entfallen.

Wir fordern, die Regelungen zur **Anti-Terror-Liste** nach rechtsstaatlichen Standards zu **überarbeiten**. Die Aufnahme in die Liste führt zum „Einfrieren“ von Geldern und anderen Vermögenswerten. Wer auf die Liste kommt, wird aber weder vorher angehört noch werden ihm nachher die Gründe mitgeteilt. Einen effektiven gerichtlichen Rechtsschutz gibt es ebenfalls nicht.

Wir fordern einen starken und einheitlichen **Schutz des Berufsgeheimnisses**

gegenüber den Ermittlungsbehörden. Dieser Schutz wird uneingeschränkt nur für Geistliche, Verteidiger und Abgeordnete gewährleistet, nicht aber für sonstige Rechtsanwälte, Steuerberater, Ärzte oder Journalisten.

Wir befürworten die **Einrichtung eines EU-Kommissars für Justizpolitik und Grundrechte**. Dieser Kommissar sollte das gesamte Straf- und Zivilrecht (einschließlich des Verbrauchervertragsrechts) bearbeiten. Er hätte die Aufgabe, alle Gesetzesvorschläge der EU-Kommission auf ihre Grundrechtsverträglichkeit zu überprüfen.

Wir befürworten die **Umwandlung der Erbschaftsteuer in eine echte Ländersteuer**. Dies würde mittelstandsfreundlichen Ländern auch die vollständige Abschaffung erlauben.

Wir fordern eine stringenter **Bekämpfung von Zwangsheirat** und den besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat durch die Einführung eines eigenen Straftatbestands und Änderungen im Eheaufhebungs-, Unterhalts- und Erbecht. Auch darf der Aufenthaltstitel nicht bereits nach sechs Monaten verfallen, wenn Opfer von Zwangsverheiratungen mit Gewalt an der Rückkehr nach Deutschland gehindert werden.

Wir fordern, durch ein **Punktesystem für eine transparente und gerechte Steuerung der Zuwanderung** zu sorgen. Um dem künftigen Fachkräftemangel zu begegnen, ist Deutschland auf den Zuzug qualifizierter und motivierter Migranten angewiesen.

Wir fordern eine **Reform des Vereinsrechts**. Ehrenamtliches Engagement soll nicht durch unnötige Bürokratie gebremst werden. Das über 100 Jahre alte Vereinsrecht muss an die praktischen Bedürfnisse angepasst werden.

Wir fordern eine **steuerliche Entlastung** in Form eines Steuerfreibetrags von 2.100 Euro/Jahr für **ehrenamtliche Betreuer**. Warum werden ehrenamtliche Betreuer immer noch schlechter gestellt als z.B. Übungsleiter in Sportvereinen? Das Ehrenamt ist überall gleich wertvoll.

„Wir haben ganz schön geklotzt ...“

Was gibt es Neues in Baden-Württemberg zum Schuljahresbeginn 2009/10?

*Von Dr. Birgit Arnold MdL,
stv. Vorsitzende der FDP/DVP-
Landtagsfraktion Baden-Württemberg,
bildungs- und frauenpolitische Sprecherin*

Wir haben es endlich geschafft – ab dem kommenden Schuljahr können die Schulen in unserem Land statt einer zugewiesenen Lehrerstelle die Mittel dafür in Anspruch nehmen. Geld statt Stellen ist das Motto und zwar nicht nur für einige wenige Versuchsschulen, sondern für alle Schulen, die das wollen.

Das konnte die FDP/DVP-Landtagsfraktion nach einigem Ringen durchsetzen. Damit wird es an unseren Schulen, wo gewünscht, ein eigenständiges Budget für eine zielgerichtete Personalentwicklung gemäß den Bedürfnissen und dem jeweiligen Profil der einzelnen Schule geben.

Als untere Grenze für das Budget ist ein Stellenanteil von 0,25 Stellen, als obere Budgetgrenze sind 5 % des zugewiesenen Unterrichtsvolumens vorgesehen. Damit wird den Schulen das Recht eingeräumt, selbständig und eigenverantwortlich befristete Arbeitsverträge abzuschließen. Allerdings muss dabei die Trennung von Landes- und Schulträgeraufgaben beachtet werden. Geld statt Stellen – ein großer Erfolg für die FDP!

Kleinere Klassen an unseren Schulen – diese Forderung kann mit Beginn des neuen Schuljahres umgesetzt werden. Ab 2009/10 wird der Klassenteiler in drei Schritten von jetzt 33 auf 30 gesenkt werden. Dafür werden wir in den nächsten Jahren rein rechnerisch 3200 neue Lehrer einstellen müssen. Die Mittel dafür sind im Rahmen der „Qualitätsoffensive Bildung“ bereit gestellt, die Lehrer werden wir hoffentlich auch alle finden. Auch das ist ein großer Erfolg für uns FDP-Bildungspolitiker, haben wir uns doch schon lange für mehr Personalressourcen vor allem an unseren weiterführenden Schulen eingesetzt, denn gut 75 % der Klassen an unseren Realschulen und Gymnasien haben 26 Schüler und mehr.

Aber wir haben im Sinne von mehr Eigenständigkeit für die Schulen auch dafür gesorgt, dass der jeweils neue Klassenteiler nicht zwingend umgesetzt werden muss. Die Schulen können die zusätzlichen Ressourcen eigenverantwortlich auch für andere pädagogische Maßnahmen einsetzen.

Wir setzen uns trotz oder auch gerade mit Blick auf die Einführung der neuen Werkrealschule in Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/11 weiterhin für eine enge Kooperation von Haupt- und Realschulen ein. Im September 2009 startet an 19 Standorten ein Schulversuch, der nur mit der Unterstützung der FDP/DVP-Fraktion realisierbar war: Die beteiligten Haupt- und Realschulen können entweder in Form von Niveauekursen oder gemeinsamen Klassen ein längeres gemeinsames Lernen in den Klassen 5 und 6 realisieren. Dabei sollen die Möglichkeiten einer stärkeren individuellen Förderung von Haupt- und Realschülern erprobt und die wissenschaftliche Datenlage in diesem Bereich verbessert werden.

Im Rahmen des Maßnahmenpaketes „Qualitätsoffensive Bildung“ können wir ab dem kommenden Schuljahr auch die Situation der Schulleitungen verbessern. Sie haben in den vergangenen Jahren, auch durch die größere Autonomie der Schulen, immer mehr Aufgaben übernehmen müssen. Jetzt können wir in einem Umfang von 500 zusätzlichen Deputaten ihre Unterrichtsverpflichtun-



gen zugunsten der Leitungszeit in einem erheblichen Umfang verringern.

In diesem Herbst fangen auch Vorbereitungs- und Auswahlseminare an, ebenfalls finanziert durch die „Qualitätsoffensive Bildung“, um Personal für Schulleitungspositionen zu rekrutieren bzw. gezielt aus- und fortzubilden. Künftig sollen Funktionsstellen überwiegend mit Bewerbern besetzt werden können, die in diesen Seminaren vorbereitet und qualifiziert wurden – eine sinnvolle Maßnahme angesichts des breiten Aufgabenspektrums einer modernen Schulleitung.

Mit diesem notwendigerweise begrenzten Einblick in die liberale Bildungspolitik in Baden-Württemberg wünschen wir allen Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrerinnen und Lehrern einen guten Start in das Schuljahr 2009/10.



Dr. Wolfgang Weng ausgezeichnet

Wolfgang Weng, langjähriger und anerkannter Politiker der FDP Baden-Württemberg, wurde Ende April mit der höchsten Auszeichnung des Landes geehrt: Aus der Hand des Ministerpräsidenten erhielt er die Verdienstmedaille des Landes. Damit wurde sein langjähriges Engagement auf allen Ebenen der Politik gewürdigt: Vom Gemeinderat über den Kreisrat in den Landtag und in den Bundestag: da fehlt keine Sprosse auf der demokratischen Leiter. Als haushaltspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag errang er weit über die Fraktion hinaus geschätzte Kompetenz. Als Landesschatzmeister der FDP sorgte er dafür, dass sich der Landesverband bis heute mit gutem Grund auch finanziell als grundsolide bezeichnen darf. Dr. Wolfgang Weng lässt heute seine reiche Erfahrung in seine Aufgaben als Ehrenvorsitzender des Bezirksverbandes Region Stuttgart und als Mitglied der dortigen Regionalversammlung einfließen. (jh)

Meine Verfassungsklage gegen die CMA

Von Georg Heitlinger. Nach über 6 Jahren Verfahrensdauer war am 03.02.2009 in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht Urteilsverkündung in Sachen Heitlinger vs. Absatzfonds / CMA. Die Richter folgten meiner Argumentation zu 100% und der Absatzfonds, eine Anstalt des öffentlichen Rechts, welche seit knapp 40 Jahren bestanden hatte, war damit erledigt.

Am gleichen Tag habe ich in Karlsruhe verkündet, dass ich aus der CDU austrete und bei der FDP Mitglied werde. Und das als CDU Stadtverbandsvorstand und Kreisvorstandsmitglied! Aber meine ehemaligen Parteifreunde nahmen lieber die ständige Rechtsbeugung seitens der Bundesregierung in Kauf und hörten so auf den deutschen Bauernverband, welcher im Laufe dieses Verfahrens zu meinem eigentlichen Gegner mutierte. Auf Anraten von Thomas Strobl 2 Jahre vorher („ich komm bei unseren Leuten nicht weiter; wende Dich an die Opposition“) nahm ich irgendwann Kontakt zur FDP in Berlin auf. Hier traf ich auf offene Ohren und die FDP übernahm meine Position in dieser Sache, dass der Absatzfonds verfassungswidrig ist.

Als Landwirt interessiert mich natürlich die Landwirtschaftspolitik sehr; und gerade hier finde ich am meisten Übereinstimmung meiner Überzeugungen mit der FDP. Insgesamt habe ich ca. 4.500 Stunden Arbeit in „meinen“ Prozeß gesteckt; auch einen Internetauftritt zum Thema habe ich erstellt (www.absatzfonds-abschaffen.de).

Durch dieses Urteil wurde ich in ganz Deutschland als „Bauernrebell“ bekannt; sämtliche deutsche Tagesmedien berichteten in den letzten Jahren über mich.

„Mein“ Urteil aus Karlsruhe stellt mit Sicherheit die Finanzierungsgrundlage einiger Institutionen in Deutschland in Frage, welche sich aus parafiskalischen Zwangsabgaben finanzieren; es ist also nicht „nur ein Bauernthema“.

Großveranstaltungen der FDP in Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 2009

Dienstag, 8. September 2009, 19:30 Uhr
Ludwigsburg, Musikhalle

Mittwoch, 9. September 2009, 17:00 Uhr
Freiburg, Konzerthaus

Mittwoch, 9. September 2009, 20:00 Uhr
Konstanz, Konzil

Freitag, 11. September 2009, 19:30 Uhr
Bretten, Stadtparkhalle

Mittwoch, 16. September 2009, 19:30 Uhr
Waiblingen, Bürgerzentrum

Donnerstag, 17. September 2009, 19:30 Uhr
Balingen, Turn- und Festhalle

Freitag, 18. September 2009, 19:30 Uhr
Pforzheim, Kulturhaus Osterfeld

Dienstag, 22. September 2009, 19:30 Uhr
Neuenstein, Stadthalle

Mittwoch, 23. September 2009, 19:30 Uhr
Tuttlingen, Stadthalle

Donnerstag, 24. September 2009, 17:00 Uhr
Stuttgart, Schlossplatz, bundesweite zentrale Abschlusskundgebung

Donnerstag, 24. September 2009, 20:00 Uhr
Heidelberg, halle_02

Freitag, 25. September 2009, 19:30 Uhr
Biberach/Riß, Stadthalle

Kommunalwahlen 2009 – Erfolg für die Liberalen



Von Gabriela Büsselmaier, Vorsitzende der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker

Die FDP konnte bei den Kommunalwahlen 2009 ihre kommunale Basis deutlich verbreitern. „Wir haben die Ergebnisse in vielen Orten verdoppeln können und auch bei der Anzahl der Mandatsträger haben wir um über 50% zugelegt“, freut sich die liberale Oberbürgermeisterin von Ettlingen, Gabriela Büsselmaier. Bei den Gemeinderatswahlen erreichte die FDP ein landesweites Ergebnis von 5% gegenüber 2,8% im Jahr 2004. Die Anzahl der Städte und Gemeinden, in denen die FDP mit eigenen Listen angetreten war, konnte auf erfreuliche 181 gesteigert werden. Auch in den Kreistagen konnten die Ergebnisse mit +2% auf nun 7,5% eindrucksvoll verbessert werden.

„Mit nahezu 200 Kreisräten und knapp 600 Stadträtinnen und Stadträten, steht die FDP auf festen Füßen“, freut sich die Vorsitzende der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK). Aus Sicht der VLK besonders erfreulich sind die vielen auffälligen Einzelergebnisse in Gemeinden oder auch der Fläche – so z.B. der Zuwachs von 5,9 auf nun 9,5% in der Regionalversammlung Stuttgart in der auch die Anzahl der Mandate von 4 auf 8 verdoppelt werden konnte.

„Liberales Engagement zahlt sich aus!“, freut sich die VLK-Chefin. „In Gemeinden und Regionen, wo wir kontinuierliche Arbeit geleistet haben, waren wir besonders erfolgreich. Auch und gerade die jungen Kandidaten und Kandidatinnen und die mit Migrationshintergrund konnten erfreuliche Ergebnisse erzielen.“

In Baden-Württembergs zweitgrößter Stadt Mannheim – die jahrelang als liberale Diaspora galt – wurde der Aufwärtstrend weiter fortgesetzt. Nach 2,5% im Jahr 1999 und 4,2% im Jahr 2004, konnte das Ergebnis erneut fast verdoppelt werden. Mit 8% erreichte die Mannheimer FDP ihr bestes Ergebnis seit dem Jahr 1954. „Dies zeigt: Die FDP kann in allen Regionen und Schichten gewinnen“, so die liberale Oberbürgermeisterin.

Auch die anderen größeren Städte brachten gute Ergebnisse und teilweise kräftige Zuwächse, z.B. konnten in Pforzheim 12,1% (+4,6%), in Heilbronn 13,6% (+4,4%), in Baden-Baden 15,5% (+4,2%) erreicht werden. In allen Städten ab 50.000 Einwohner ist die FDP nun wieder in Fraktionsstärke vertreten.

Auch und gerade in vielen kleinern Städten und Gemeinden wurden herausragende Einzelergebnisse erzielt. In Calw

konnte die Anzahl der Mandate von 2 auf 6 verdreifacht werden. In der Stadt Leimen wurden 15% erreicht und die Anzahl der Mandate von 2 auf 5 mehr als verdoppelt. In Hilzingen im Landkreis Konstanz wurden sogar 25,1% der Stimmer für die FDP abgegeben (+9,6%). Im Ortsteil Ebersteinburg von Baden-Baden wurden bei den Ortschaftsratswahlen ebenfalls beeindruckende 24,7% erreicht – damit ist die FDP dort so stark wie SPD und Grüne zusammen.

„Diese Beispiele zeigen es deutlich: Die FDP steht auch in den Kommunen wieder auf einer breiten Basis. Der tägliche Einsatz mit und für die Menschen in den Kommunen macht unsere Kommunalpolitiker zu den wichtigsten Repräsentanten der Partei. Ich gratuliere daher allen neu und wieder gewählten Mandatsträgern“, beglückwünscht die VLK-Chefin die gewählten Kommunalpolitiker.

„Die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker ist stolz auf Ihren Beitrag zum Erfolg der Kommunalwahlen und freut sich schon auf die Hilfe und Unterstützung der vielen neuen Gemeinderatsvertreterinnen und Vertreter“, sagte Gabriela Büsselmaier und bietet die Unterstützung der VLK an. Mehr Informationen über die Arbeit und das Serviceangebot der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker finden Sie im Internet unter www.vlk-bw.de.

Impressum

Herausgeber:

FDP Landesverband Baden-Württemberg

Verantwortlich: Jan Havlik

Anschrift:

Rotebühlstraße 131

70197 Stuttgart

Telefon: (0711) 666 18-0

Fax: (0711) 666 18-12

Email: fdp-bw@fdp.de

Web: www.fdp-bw.de

Verlag: liberal Verlag GmbH, Berlin

Herstellung: altmann-druck GmbH, Berlin

Gestaltung: Markus Lochmann, FDP-BW

Fotos: FDP-BW, Bundes-FDP, FDP/DVP
Landtagsfraktion, ddp

Die schwarz-gelbe Landesregierung in Stuttgart ist die ideale Blaupause für Berlin

Von Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Eine wesentliche Frage, die sich momentan viele Wähler – insbesondere in Baden-Württemberg – stellen, ist die nach der Vorbildfunktion unserer Regierungskoalition in Stuttgart für Berlin. Ganz sicher wird der Südwesten mit der starken Export-orientierung seiner Wirtschaft besonders hart von der Krise getroffen. Dennoch gelingt es nach wie vor, mit Bayern zusammen die günstigste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bundesweit auszuweisen. Es ist auch erkennbar, dass die Innovationskraft unserer Wirtschaft vielen großen Unternehmen, aber auch vielen Mittelständlern die Chance gibt, ausgangs der Krise wieder durchzustarten. In Baden-Württemberg wird 4,2% des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert. Ein Spitzenwert weltweit.

Im Bildungsbereich sind wir – nach allen Rankings – stets in der Spitzengruppe der Bundesländer. Es ist schade, dass es dem Kultusminister nicht gelingt, deutlich zu machen, wie gut die Schulen in unseren Land sind. Die Exzellenzinitiative hat bewiesen, dass unser Hochschulwesen, mit vier von neun Eliteuniversitäten in ganz Deutschland, einen hervorragenden Beitrag zur Qualifikation und damit zur Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft leistet. Unser Gesundheitswesen, unsere Kulturlandschaft und die Erholungsangebote im Tourismusbereich, die ja auch von den Baden-Württembergern genutzt werden, tun ein Übriges. Baden-Württemberg ist attraktiv, insbesondere für qualifizierte und fleissige Menschen. Deshalb haben wir auch eine massive Zuwanderung,

auch und gerade aus anderen Bundesländern. Und diese Zuwanderung lohnt sich für jeden einzelnen. Nicht nur die Verdienst- und Entfaltungsmöglichkeiten sind glänzend; man hat schlicht in Baden-Württemberg die höchste individuelle Lebenserwartung in allen sechs-



zehn Bundesländern. Eine innovative Wirtschaft mit qualifizierten und motivierten Beschäftigten, flankiert von weichen Standortfaktoren auf hohem Niveau sind auch eine ausgezeichnete Voraussetzung für Direktinvestitionen aus anderen Teilen Deutschlands und darüber hinaus weltweit. Jede Regierungskoalition schreibt sich eine solche Bilanz gerne aufs Panier und sonnt sich in derartigen Erfolgen. Ehrlicherweise muss man einräumen, dass der Fleiß der Men-

schen und der Einfallsreichtum der Mittelständler noch mehr zum Gesamterfolg beitragen, als die Politik. Dennoch wird jeder verantwortungsvolle Investor seine Investitionsentscheidung auch von der Qualität der Politik abhängig machen. Er wird sich fragen, ob eine Regierung sorgsam mit den Ressourcen umgeht und verantwortungsvoll wirtschaftet. Nirgendwo kann dies besser abgelesen werden, als an der Solidität der öffentlichen Haushalte. Ein verschwenderisches Haushalten schreckt ab; Konsolidierung zieht an. Deshalb muss man deutlich sagen, dass wir in Baden-Württemberg im Jahre 2009 trotz Wirtschaftskrise keine neuen Schulden machen, während die sogenannte Große Koalition in Berlin rund 100 Milliarden Euro zusätzliche Schulden im gleichen Jahr auftürmt. Wir werden alles tun, dass wir auch 2010 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Die wegbrechenden Steuereinnahmen machen dies ungeheuer schwer. Deshalb können wir es alleine nicht schaffen. Die Bundespolitik muss auch für Baden-Württemberg einen Beitrag leisten. Wir brauchen Wachstum, flankiert von einer vernünftigen Steuerreform: einfacher, niedriger und gerechter muss das Steuerrecht werden. Dann

können wir den Menschen mehr Netto vom Brutto lassen und Investitionen lohnen sich. Es ist schlicht falsch zu glauben, dass niedrige Steuersätze nicht zu höheren Steuereinnahmen führen können. Die FDP hat dies, gemeinsam mit der CDU, durch die Steuerreform der 80er Jahre schon einmal gezeigt. Dazu brauchen wir aber auch wieder eine schwarz-gelbe Regierung in Berlin. Was diese Konstellation vermag, hat die Stuttgarter Koalition in bald fünfzehn Jahren bewiesen.